

SCHWEIZERISCHE DELEGATION

*27.6.55*  
*N. Natuzal*  
*faire le pas public, mais*  
*30.6 A.N. 27.6 B*

VERTRAULICH

Budapest, den 24. Juni 1955.

*17.21.11.10. m 1*

an	Datum	Visa
<i>NA</i>	<i>27.6</i>	<i>Na</i>
<i>a/a</i>	<i>5.7</i>	<i>Na</i>

Herr Minister,

Ich habe in meinem heutigen Verhandlungsbericht dargetan, wie sehr unsere hiesigen Entschädigungs-Besprechungen im Schlagschatten der weltpolitischen Vorgänge stehen. Diese Feststellung veranlasst mich, Ihnen im Folgenden über einige persönliche Eindrücke zu berichten.

Die schweizerische Presse, vornehmlich Halperin von der NZZ, haben auf die tiefe Erregung hingewiesen, die hier die Ereignisse in Wien und Belgrad hervorgerufen haben. Nachdem der kleinste sowjetische Misserfolg, jede etwas schärfere Rede Eisenhowers oder Churchills seit Jahren die Menschen mit illusionistischem Optimismus erfüllte, den sie einfach brauchten, um die Entbehrungen ihres Daseins aushalten zu können, spüren sie nun zum ersten Male, dass sich tatsächlich Dinge vorbereiten, die ihre Existenz entscheidend verändern könnten. Die Nation hält den Atem an und blickt nach Genf.

Die Spannung wird erhöht durch auffällige Erscheinungen im Innern. Ministerpräsident Hegedüs soll vor 10 Tagen allein ohne Rakosi nach Moskau gerufen worden sein, ein Gerücht, das vom schwedischen Geschäftsträger und nun offenbar auch durch die amerikanische Presse bestätigt wird. Die Witwe des hingerichteten Titoisten Rajk ist rehabilitiert worden. Und mehr noch: Ein Anhänger und Freund von Rajk, Gyula Kallai, soll als Nachfolger von Hegedüs ausersehen sein, dem dieser eventuell notwendige Wechsel offenbar in Moskau begreiflich gemacht worden ist.

Herrn Minister Dr. A. Zehnder,  
 Generalsekretär des Eidgenössischen  
 Politischen Departements,

B e r n .

...



Es sieht sehr danach aus, dass hier - wie wahrscheinlich auch in den andern Ostländern - eine Auffangstellung vorbereitet wird, für den Fall, dass die Pläne eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems - unter Mitwirkung der USA - mit gleichzeitiger "Neutralisierung" der Oststaaten, d.h. Garantierung ihrer Grenzen und ihrer innern Ordnung, Gestalt annehmen. Die Sowjetpolitiker würden demnach den Weg nach Jalta zurückgehen und die dort falsch gestellte Weiche herumwerfen, um auf einer andern Bahn zum erstrebten Ziel zu gelangen: an ihrer Westgrenze ein politisches und militärisches Glacis zu erhalten, das ihnen ermöglicht, den so nötigen Aufbau ihrer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung in Ruhe durchzuführen. Und erst wenn dieses Nahziel erreicht ist, käme der Vormarsch in die Welt.

Es ist ja auch zu berücksichtigen, dass die sowjetische Wirtschaftspolitik in den Satellitenstaaten offenbar nicht von Erfolg gekrönt war. Die ehemaligen Feindstaaten, darunter Ungarn, haben auf Grund der Friedensverträge so schwere Leistungen erbringen müssen, dass eine Erneuerung des Maschinenparks und der so nötige Ausbau der Landwirtschaft nicht möglich war. Die Tschechoslowakei wurde wiederum, wie schon zur Zeit der Donaumonarchie, dazu herangezogen, die lädierten Zahlungsbilanzen der andern in Ordnung bringen. Und Polen hat den Krieg weder wirtschaftlich noch territorial in bezug auf die Grenzziehung überwunden.

Es war übrigens bezeichnend, mit welchem Aerger der Vertreter des Finanzministeriums innerhalb der ungarischen Delegation auf den <sup>ih</sup>österreichischen Staatsvertrag hinwies, der viel besser sei als Friedensvertrag; wir hätten keine Ahnung, welche Lasten dieser Ungarn aufbürde. Die an die USSR übergebenen deutschen Vermögenswerte habe Ungarn mit Waren auf Dollarbasis zurückkaufen müssen, viel teurer, als dies nun

...

Oesterreich tue. Und seit den Belgrader Besprechungen müssten auch die Lieferungen an Jugoslawien wieder aufgenommen werden. Dass dies die Ungarn mit Bitterkeit erfüllt, nachdem sie die grosszügige Hilfe des Westens an Jugoslawien verfolgen können, ist verständlich.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jrey